

beide Gruppen gleich stark waren, versagte schließlich auch das Notmittel der Mehrheitsbeschlüsse. Beide Richtungen kamen zum Wort, und da die „Heißsporne“ (wie Hirsch sie nennt) sich nicht zügeln konnten, ergaben die Reden die wunderbarsten Dissonanzen.

Das war, wie wir dem Genossen Hirsch gern zugeben wollen, an sich nicht schön und für die Partei nicht gerade erbaulich. Aber das Unerquickliche dieses Zustandes lag doch schließlich nicht an den Liebknecht oder Haenisch und ihrem Mangel an Selbstdisziplin, sondern an dem Riß, der zurzeit durch das ganze geistige Parteileben geht, an der ungeheuren Gärung und Verwirrung, die das kolossale Ereignis des Weltkrieges in den Reihen der Sozialdemokratie erzeugt hat. Und da dieser Zustand der Gärung doch schließlich wieder einmal zur Klärung gebracht werden muß, so ist es nicht nur kein Unglück, sondern geradezu eine Notwendigkeit, daß die schweren Meinungsdivergenzen auch der Masse der Parteigenossen möglichst eindringlich zum Bewußtsein gebracht werden, damit auch sie die Probleme durcharbeitet und dann ihren Entscheid fällt. Denn das Wesen der Demokratie besteht doch wohl nicht darin, daß „Führer“ und „Instanzen“ unter sich Turniere ausfechten und ihren Millionen Anhängern dann Direktiven geben, sondern daß die breiten Proletariatsmassen sich in aller Gründlichkeit Rede und Gegenrede vortragen lassen, um dann nach reiflicher Prüfung selbst darüber zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen. Zu solchem Austrag der Auffassungsgegensätze und solch reiflicher Prüfung wird erst nach Beendigung des Krieges die Zeit gekommen sein — darum kann es aber nichts schaden, wenn die Massen auch heute schon erfahren wie groß und tiefliegend die Differenzen sind, deren Austrag der Partei in der Zukunft harret.

Und in diesem Sinne können wir den Artikel Haenischs im „Hamburger Echo“ nur begrüßen. Er vertuscht und verschleiert nicht, aber er übertreibt auch nicht, wenn er mit dem Lutherwort von seinen Meinungsgegnern sagt: Sie haben einen anderen Geist. Von der Richtigkeit dieser Ansicht haben wir uns in den Fraktionsitzungen hinlänglich überzeugen können. Ja, es bedarf gar nicht der Berufung auf diese inneren Aussprachen: schon die Verhandlungsstenogramme des Abgeordnetenhauses bezeugen, daß sich die Haenisch und Liebknecht oder auch die Reinert und meine Wenigkeit einfach nicht mehr verstehen.

Haenisch zieht denn auch aus diesen Tatsachen — wiederum mit löblichster Offenheit — seine Folgerungen. Der Parteitag werde zum Tribunal werden. Natürlich für die „Quertreiber“. Und dies Parteigericht, so wünscht Haenisch, möge ohne Zimperlichkeit eingreifen und resolut reine Bahn machen. Besser, als daß störender Parteihader auf Jahre hinaus die großen Aufgaben des Proletariats beeinträchtigt, sei es, wenn den „Liebknechtereien“ und den „Liebknechteleien“ ein rasches Ende bereitet und den Quertreibern der Stuhl vor die Tür gesetzt würde. Dieser Hinauswurf der Prinzipienreiter und Querulanten sei für die Partei ein ganz schmerzloses Verfahren, denn dem Häuflein der Führer werde sich keine nennenswerte Gefolgschaft anschließen.

Es ist hübsch, daß Haenisch so gerade heraus spricht, wohin die Reise gehen soll. Vielleicht geht auch sein Mund davon über, wessen das Herz anderer voll ist. Haben doch Gewerkschaftsblätter schon vor Monaten

gleichfalls mit dem Hinauswurf der „Quertreiber“ gedroht. Diese Kreise sind seitdem vorsichtiger geworden, aber dem Genossen Haenisch scheint der Himmel noch immer voller Baßgeigen zu hängen. . . .

* * *

Der Zwist in der Landtagsfraktion ist derselbe wie der seit dem Kriegsausbruch in der Partei ausgebrochene Meinungsstreit.

Seit Anfang August des vorigen Jahres steht die Partei im Zeichen des „Umlernens“. Bis dahin stand die Partei in ihrer Mehrheit, wie alle Parteitagsbeschlüsse beweisen, allem Imperialismus in schroffster Ablehnung gegenüber. An ihrer unerschütterlichen Gegnerschaft zu einem imperialistischen Kriege hätte auch der ärgste Schwarzzeher nicht zu zweifeln gewagt. Und als reif für Dalsdorf wäre der verschrien worden, der prophezeit hätte, daß in wenigen Monaten der Weltkrieg von deutschen „Radikalen“ als willkommenes Vehikel für den Aufstieg des deutschen Proletariats und des Sozialismus verherichtet werden könnte.

Eine Bewilligung der Kriegskredite lag ebenso weit außerhalb aller Möglichkeiten. Sie wird heute von der Mehrheit der Reichstagsfraktion als eine „Selbstverständlichkeit“ bezeichnet, wie man denn überhaupt seitdem die verblüffende Entdeckung gemacht hat, das wahre Wesen des sozialistisch-proletarischen Internationalismus bestehe in der bedingungslosesten Betätigung des Nationalismus. Eine Entdeckung allerjüngsten Datums! Denn, wie die Genossen Renaudel und de Man berichten, hat ja unmittelbar vor Kriegsausbruch noch der Vertreter des deutschen Parteivorstandes den französischen Genossen erklärt, daß die Reichstagsfraktion sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Stimme enthalten, wenn nicht gar gegen die Kriegskredite votieren werde.

Im neutralen Ausland hielt man auch eine solche Haltung für ganz selbstverständlich. Der alte Hermann Greulich, länger als ein Menschenalter der Führer der schweizerischen Sozialdemokratie — ein Mann, den noch niemals ein deutscher Genosse eines vertriebenen Radikalismus geziehen — hat erst letzter Tage darüber sehr Beachtliches gesagt: „Als die Depesche kam, auch die Sozialdemokraten hätten einstimmig den Kriegskredit bewilligt, glaubten wir es nicht. Dann kam die Bestätigung und die von der Fraktion abgegebene Erklärung. Das war ein betäubender Schlag.“ Und über die Haltung der deutschen Partei (soweit man heute die Partei für die Haltung der Mehrheit ihrer Funktionäre verantwortlich machen kann) während der letzten Monate sagt Greulich: „Mit Staunen sahen wir den Kriegswahn sich unter führenden Genossen Deutschlands fortbauern. . . .“

Auch in der deutschen Partei gab es Leute, die in den Parteitraditionen und der sozialistischen Gedankenwelt zu alt geworden waren, um so hurtig „umlernen“ zu können, wie Haenisch und Vensch. Im preussischen Abgeordnetenhaus bildeten diese altmodischen Köpfe, über deren Mangel an Intelligenz dann Haenisch in seiner berüchtigten Kultusrede mitteilich spöttelte, sogar die Hälfte der zehnköpfigen Fraktion. Kein Wunder, daß sich da die Dinge nicht so glatt abspielten,

etwas Selbstverständliches forderte und die Hoffnung aussprach, daß „aus der heutigen großen Zeit, in der wir leben, ein allgemeiner Aufschwung unserer deutschen Kunst hervorgehen“ werde, so bewies das alles hinlänglich, daß nicht nur in Frankreich die klerikale Reaktion die Früchte des Krieges zu ernten hofft.

Zudem trugen die Reden aller folgenden bürgerlichen Redner so ziemlich das gleiche Gepräge. Herr Kaufmann vom Zentrum sagte unter anderem: „Möge unsere deutsche Kunst und namentlich unsere deutsche Dichtkunst sich jetzt in diesem großen Kriege endlich aus den verführerischen Umarmungen des Auslandes befreien, in denen sie immer wieder die deutsche Seele hat töten lassen;“ der Nationalliberale v. Campe: „Ein Unterricht, der nicht ganz von dem Geist dieser Zeit durchweht sein sollte, der würde . . . ganz gewiß nichts oder nur wenig wert sein. Es kann ja doch nicht ausbleiben, daß heute gleichsam mit elementarer Wucht dem Unterricht ganz neue Ziele und ganz neue Wege gewiesen würden;“ und der Freisinnsmann Eichhoff unterstrich nicht nur dieses nationalliberale Schulideal, sondern er machte auch vor der Geistlichkeit seine Reverenzen.

Und Haenisch? Entwickelte er diesem nationalistisch-reaktionären Programm gegenüber etwa die sozialistischen Kulturideale? Gewiß: er machte allerhand Vorbehalte, verteidigte die internationale Befruchtung von Kunst und Wissenschaft, tadelte allzu trasse Auswüchse des Chauvinismus usw. — aber den Kern seiner Rede bildete doch sein Bekenntnis zum „Burgfrieden“, sein Lob des „Umlernens“, seine nationalistische Begeisterung und seine fanatische Hoffnung auf den „Sieg“.

Karl Liebknecht hat einmal gesagt, daß wohl kein Mensch in Deutschland so pervers sein werde, eine Niederlage Deutschlands zu wünschen. Für einen Sozialdemokraten wäre es aber ebenso pervers, die Niederlage unserer Gegner zu ersehnen. Für ihn liegt das Heil der Nationen und der Kultur nicht in der Niederwerfung und Vergewaltigung des einen oder anderen Teils, sondern in der Verständigung. Das ist die Auffassung, die bis vor Ausbruch des Krieges jeder Sozialdemokrat vertreten hat, der auch am 10. März Genosse Haase im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Ausdruck gegeben hat.

Haenisch vertritt einen anderen Standpunkt. Er teilt die Auffassung des Genossen Lensch, der den Triumph des deutschen Imperialismus für gleichbedeutend hält mit dem Triumph des deutschen Proletariats und des — Marxismus! Er hat das in seiner Rede nicht weniger als dreimal ausgesprochen. Seinen Spuren ist dann am 5. März bei der Beratung des Eisenbahnetats Genosse Leinert gefolgt.

Was deutschen Sozialdemokraten recht ist, ist russischen, französischen und englischen Sozialisten billig. Kein deutscher Genosse darf ihnen im geringsten verdenken, wenn auch sie von der Parlaments- oder auch Ministertribüne herab wie Haenisch den „vollen Sieg“ ihres Landes verlangen. Kennt sich Haenisch stolz einen sozialdemokratischen Deutschen oder deutschen Sozialdemokraten, so zielt etwa Plechanow nicht minder der Titel eines sozialdemokratischen Russen und Baillant der eines französischen Sozialdemokraten. Sie alle

helfen dann den Krieg und den „vollen Sieg“ mit Leidenschaft schüren — zur höheren Ehre der sozialistischen Internationalen!

Man begreift, daß selbst ein so alter und gemäßigter Sozialdemokrat, wie Hermann Greulich, von dem „Kriegswahnsinn“ gewisser Sozialdemokraten spricht, den er sich nur aus „Zwangsvorstellungen“ zu erklären vermag. Man begreift auch, daß bei solchen Divergenzen der Auffassung von einer Verständigung innerhalb der preußischen Landtagsfraktion keine Rede mehr sein konnte, denn beide Teile mußten von einander sagen: Sie haben einen anderen Geist!

* * *

Daß die Geister sich scheiden, und der neue Geist des nationalen Sozialismus (man kann auch sagen National-Sozialismus, denn Pastor Naumann hat nie ein anderes Programm vertreten und Lensch hat den ehemaligen Nationalsozialen Rohrbach trefflich vulgarisiert) sich so unverhohlen bekundeten, ist hoch erfreulich. Denn nach der Rückkehr normaler Zeiten wird sich die Partei in der Tat gründlichst mit den Irrungen und Wirrungen auseinander zu setzen haben.

Nur darin weichen wir von Haenisch ab, daß er sich einbildet, die Masse der deutschen Proletarier werde dem neuen Evangelium des Kriegs- und Illusionssozialismus zufallen, so daß das Häuflein der Quertreiber resigniert sein Bündel schnüren könne. Wir glauben das Gegenteil, denn ein halbes Jahrhundert sozialistischer Schulung und Aufklärung kann an den Massen unmöglich so spurlos vorübergegangen sein, wie das die Virtuosen des Umlernens hoffen.

In Wirklichkeit verrät denn auch all das unwirksame Schelten auf die „Quertreiber“, all das ungefüme Drohen der vermeintlichen Mehrheit nichts als ein schlechtes politisches Gewissen und innere Unsicherheit. Warum hätte man sonst so furchtbar eilig mit dem Hinauswurf der Genossen, deren ganzes Verbrechen in dem Festhalten an der bisherigen Theorie und Taktik der Partei besteht, während man die unaufhörlichen Quertreibereien der Revisionisten jahrzehntelang so lammsgeduldig ertragen hat?

Am liebsten würden die Haenisch und Konsorten die Quertreiber bereits durch einen außerordentlichen Parteitag speidieren lassen. Da das aber leider nicht geht, wird man sich wenigstens auf den Versuch gefaßt machen müssen, die „Quertreiber“ und die Massen der Parteigenossen durch eine so beschleunigte Einberufung eines Parteitages zu überrumpeln, daß zur notwendigen Aussprache in Presse und Versammlungen nur ungenügend Zeit bleibt und gewisse bereits festgelegte Körperschaften in eigener Sache zu „Gericht“ sitzen. Aber auch ein solcher Versuch dürfte an dem demokratischen Empfinden und dem gesunden politischen Gefühl der Massen der Partei kläglich scheitern.

Wenn Haenisch mit der ihm eigenen Fixigkeit sich nicht nochmals aufs Umlernen verlegt, könnte es leicht kommen, daß er schließlich von den deutschen Proletariatsmassen selbst entseht konstatieren muß: Sie haben einen anderen Geist!

II.

Die Zerfetzung der Reichstagsfraktion.

p. Berlin, 31. März.

Es war die Absicht des Genossen Liebknecht, an dieser Stelle über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion im deutschen Reichstage zu schreiben. Jedoch wurde Liebknecht bereits im Anfang Februar unter das militärische Zwangsgesetz gestellt, und wir mußten zu unserem aufrichtigsten Bedauern darauf verzichten, ihn unter unseren Mitarbeitern zu begrüßen. Wir fügen hinzu, daß er auch mittelbar in keiner Weise für den tatsächlichen Inhalt der nachfolgenden Ausführungen verantwortlich ist, er so wenig wie irgend ein anderes Mitglied der Reichstagsfraktion. Wir haben nur gesammelt, was hier und da, in der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen Presse, schon veröffentlicht worden ist.

Ueber die inneren Zustände der Reichstagsfraktion ist die bürgerliche Presse oft besser oder mindestens schneller unterrichtet, als die sozialdemokratische Presse. Der „Vorwärts“ hat sogar einen Fall mitgeteilt, wonach das „Berliner Tageblatt“ in seiner um 3 Uhr nachmittags ausgedruckten Abendausgabe Fraktionsbeschlüsse veröffentlichte, die der um 4 Uhr mit dem Satz beginnende „Vorwärts“ erst unter Zitierung der „Tageblatt“-Meldung am nächsten Morgen wiederholen konnte, da ihm durch Fraktionsbeschlüsse eine eigene Mitteilung unterzagt worden war. Daran trägt aber, wie Genosse Stampfer in der Parteipresse auseinandergesetzt hat, kein Mitglied der Fraktion mit Wissen und Willen irgendwelche Schuld. Stampfer schreibt: „Jeder, der die inneren Gepflogenheiten des Reichstags kennt, weiß, wie schwer Fraktionsgeheimnisse zu wahren sind. Wichtige Vorgänge in der Fraktion sind gewöhnlich schon eine Stunde später das allgemeine Gespräch der Wandelhalle. Und solche Indiskretionen entstehen fast niemals aus bösem Willen, sondern fast stets aus Zufall oder aus unangebrachter Vertrauensseligkeit. Zwei Fraktionsmitglieder führen ein lautes Gespräch oder einer hat einen guten Freund, dem er ein Geheimnis anvertraut, dieser hat wieder einen guten Freund — und bald weiß es die ganze Stadt.“ Stampfer schildert damit in ansprechender Weise die Klatschsucht und Wichtigtuerei, die nirgends so üppig wuchern, wie in der Wandelhalle ohnmächtiger Parlamente.

Es ist nur, daß was „die ganze Stadt“, das heißt jede bürgerliche Fraktion und jedes Mitglied der Regierung weiß, der naiven Masse der vier Millionen sozialdemokratischer Wähler am Ende nicht in allen Hüllen religiöser Geheimnisse verborgen zu bleiben braucht. Die ruhige Würde des Volksvertreters sollte nicht in den gefrorenen Schulmeisterdübel umschlagen, womit zum Beispiel in der geschlossenen Mitglieder-versammlung eines Berliner Vororts ein Fraktionsmitglied einen vorwichtigen Wähler wegen „sträflicher Neugier“ abkanzlete, weil er eine Frage nach einer Tatsache getan hatte, die „die ganze Stadt“ seit Wochen kannte. Indessen wollen wir uns keineswegs von „sträflicher Neugier“

plagen lassen, und deshalb allein beachten, was längst in der Presse erschienen ist; wir hielten diese kurzen Erläuterungen für nötig, um nicht bei der naiven Masse der sozialdemokratischen Wähler in den Verdacht von „Enthüllungen“ zu geraten, die uns vollkommen fern liegen.

* * *

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat seit Beginn des Krieges viermal getagt. Das erste Mal am 3. August v. J., wo sie sich über die Bewilligung der ersten Kriegsanleihe von fünf Milliarden zu entscheiden hatte. Was damals von ihr erwartet wurde und nach dem Parteiprogramm, den Parteitagebeschlüssen, den Internationalen Kongreßbeschlüssen, sowie nach allen Ueberlieferungen der deutschen Sozialdemokratie erwartet werden mußte, sprach der Parteisekretär Hermann Müller ein paar Tage vorher, als offizieller Vertreter des deutschen Parteivorstandes, in einer offiziellen Verhandlung mit der französischen Bruderpartei dahin aus, die Fraktion werde die von der Regierung geforderten Kriegskredite entweder ablehnen oder sich der Abstimmung enthalten; eine Bewilligung hielt er für ausgeschlossen.

Die Fraktion entschied sich aber mit 78 gegen 14 Stimmen für die Bewilligung. Die Erklärung, die sie nach vorheriger Zustimmung der Regierung und der bürgerlichen Fraktionen dazu abgab, ist heute schon vom Sturm der Zeit verweht. Von dem Kulturkampf gegen den Zarismus, der eine Hauptrolle darin spielte, spricht heute selbst der beschränkteste Philister nur noch mit Achselzucken; dagegen schweigt die Erklärung über den Grund, der wenigstens für einen Teil der Fraktionsmitglieder, nach ihren eigenen späteren Angaben, entscheidend gewesen ist: die Sorge um Gewaltschläge, sei es der Regierung, sei es fanatisierter Köpfe, wie deren einem eben Jaurès zum Opfer gefallen war. Man wollte nicht, daß die nationale Ehre durch solche Taten besleckt werde.

Von einem Teil der Bewilliger, etwa 20 oder 30 Mann, ist später bekannt geworden, daß er ein Separatvotum abgegeben haben würde, wenn die Mehrheit der Fraktion die Kredite verweigert hätte. Nach ihrer Bewilligung stand nunmehr die Minderheit von 14 Mann, die darin eine Zertrümmerung der Parteigrundsätze sah, vor der Frage eines Separatvotums. Wenn sie darauf verzichtete, so hatte sie unzweifelhaft sehr gewichtige Gründe für ihre Zurückhaltung. Bei Beurteilung der ganzen Sachlage war man noch viel mehr auf Gerüchte, als auf sichere Nachrichten angewiesen; es war möglich, daß, dem Umfall der Mehrheit zum Troste, schwere Konflikte mit der Regierung bevorstanden; so glaubte man, alles vermeiden zu sollen, was nach einer Spaltung der Partei ausfähe. Der erste Vorsitzende des Parteivorstandes, der zur Minderheit gehörte, fügte sich der Fraktionsdisziplin sogar soweit, daß er sich, wenn auch erst nach langem Sträuben, bereit finden ließ, die Erklärung der Fraktionsmehrheit öffentlich zu verlesen.

Wenn man vom Rathause kommt, ist man bekanntlich immer klüger, als wenn man hineingeht, und heute darf man wohl sagen, daß ein Separatvotum der Minderheit günstigere Folgen gehabt haben würde, als ihr Schweigen. Der Schlach bei Jena wäre dann schwerlich eine so reizende Kapitulation der Festungen gefolgt; der betäubende Ein-

druck, den die scheinbare Einmütigkeit der Fraktion machte, riß eine große Zahl der Parteiblätter in einen wüsten Rausch des Chauvinismus.

* * *

Als der Reichstag zum 2. Dezember v. J. von neuem einberufen wurde, um eine zweite Kriegaanleihe von fünf Milliarden zu bewilligen, und die Fraktion zur Vorberatung am 29. November zusammentrat, waren Ursprung und Wesen des Krieges viel klarer zu übersehen, als am 3. August. Auch waren inzwischen sehr bittere Erfahrungen gemacht worden. In einer zweitägigen Debatte stießen die Gegensätze demgemäß schärfer aufeinander. Die Minderheit war von 14 auf 17 Köpfe gestiegen; ein Mitglied hatte sich zur Mehrheit geschlagen, während vier Mitglieder sich von der Mehrheit getrennt hatten. Aus der Mitte der Minderheit wurde der Antrag gestellt, ihr zu gestatten, daß sie ihre abweichende Ansicht im Plenum vertreten dürfe. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag jedoch ab, und ebenso wenig ließ sie sich auf die dringende Mahnung ein, die von einem bekannten österreichischen Genossen an sie gestellt wurde, eine energische Kundgebung für den Frieden und gegen die Verletzung der belgischen Neutralität zu erlassen. Nur zu einer schweigenden Bewilligung der Kriegaanleihe konnte sie sich nicht entschließen, sie entwarf eine Erklärung, die einige verwahrende Sätze über den Belagerungszustand, die Annexionspolitik, und die belgische Frage enthielt.

Diese Erklärung wurde, wie schon die frühere am 4. August, der Regierung und den bürgerlichen Parteien zur Prüfung vorgelegt, und zunächst die Parteien, dann aber auch die Regierung verlangten eine Streichung oder Abänderung der eben erwähnten Sätze. Es zeigte sich jetzt, daß in der Tat „die ganze Stadt“ über die inneren Zustände der Fraktion unterrichtet war. Der Staatssekretär Delbrück erklärte, ihm hätten Fraktionsmitglieder gesagt, sie seien bereit, ohne jede Erklärung der Fraktion für die Kredite zu stimmen, und so sagte der volksparteiliche Abgeordnete Payer, er wisse aus dem Munde von sozialdemokratischen Abgeordneten, daß sie keineswegs grundsätzliche Gegner von Eroberungen seien. In dieser bedrängten Lage faßten 20 bis 30 Fraktionsmitglieder den Entschluß, falls der Forderung der bürgerlichen Parteien nachgegeben würde, die unveränderte Erklärung im Plenum als ihr Separatvotum vorzutragen. Auf diese Drohung hin wurde jede Aenderung oder Streichung der beanstandeten Sätze von der Fraktionsmehrheit abgelehnt.

Bei der Abstimmung am 2. Dezember entfernten sich die Mitglieder der Minderheit aus dem Saale, mit Ausnahme Liebknechts, der durch Sitzenbleiben öffentlich gegen die Bewilligung der Kredite stimmte. Darauf erließ der Fraktionsvorstand im „Vorwärts“ vom 3. Dezember eine Erklärung, worin er „diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen werde, aufs tiefste bedauerte“. Gegenüber diesem kalten Blitze zündete die mutige Tat Liebknechts in der Klassenbewußten Arbeiterschaft des In- und Auslandes.

Sicherlich hatte es seine Bedenken, daß Liebknecht sich von der Minderheit trennte, die gleich ihm die Bewilligung der Kriegskredite verwarf. Aber auch hier zeigte sich, daß man klüger vom Rathause kommt, als man hineingeht. Eine Reihe unverwerflicher Zeugnisse

beweist, wie freudigen Widerhall die Abstimmung Liebknechts unter den deutschen Parteigenossen fand, und den ausländischen Parteigenossen erschien sie als erster Strahl der Hoffnung, daß der in Trümmern liegende stolze Bau des Weltproletariats wieder aufgerichtet werden würde.

Das abgeschmackte Gerede bürgerlicher Blätter und selbst verblendeter Sozialisten, wonach Liebknecht die Kriegsgegner des Deutschen Reiches ermutigt und dadurch zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben soll, wird hinreichend durch die Tatsache beleuchtet, daß die chauvinistische Presse Frankreichs ihn als Regierungsagenten denunzierte, der die Komödie der revolutionären Unversöhnlichkeit spiele, um das Ansehen der „kaiserlich-deutschen Sozialdemokratie“ im Auslande zu heben und durch das böse Beispiel die Reihen der französischen Sozialisten zu verwirren.

* * *

Zum dritten Male tagte die Fraktion am 2., 3. und 4. Februar d. J. Ihre Einberufung war auf Betreiben des Genossen Ledebour erfolgt, der eine Entscheidung über die Tätigkeit verlangte, die Südekum als freiwilliger Agent der Regierung im Auslande entfaltet hatte.

Zunächst aber wurde in einer langen Sitzung über Liebknecht verhandelt. Die Einzelheiten, die darüber in „der ganzen Stadt“ bekannt geworden sind, mögen hier auf sich beruhen bleiben; sie sind nicht geeignet, das Ansehen der Fraktion zu fördern. Das gilt freilich auch schon von dem ganzen Verfahren gegen Liebknecht. Er hatte die Fraktionsdisziplin verlegt, um die Parteidisziplin zu retten, die von der Fraktion mit Füßen getreten worden war. Er hatte die niedere formale Pflicht verlegt, um einer höheren sittlichen Pflicht zu genügen. Die Freiheitskämpfer des 16. Jahrhunderts nannten das in ihrer Sprache, man müsse Gott mehr gehorchen, als den Menschen, während ein Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts denselben Gedanken in den ungleich größeren Satz kleidete, aus dem wir ein höchst unparlamentarisches Wort lieber weglassen wollen: „Während man auf der einen Seite alle Gesetze . . . verlegt, verlangt man auf der anderen Seite zarteste Beobachtung sogar eines Reglements.“ Der so schrieb, hieß Karl Marx, und mit seinem Segen wird sich Karl Liebknecht wohl über die Flüche der Karl Legien und Genossen trösten.

Doch man darf nicht in zu hohen Worten von dem Verfahren der Fraktion gegen Liebknecht sprechen. Einer von den 20 oder 30 Genossen, die nach seiner nunmehrigen Mitteilung am 3. August entschlossen gewesen waren, die Fraktionsdisziplin zu mißachten, falls sich die Mehrheit für die Verweigerung der Kredite entscheiden sollte, nannte es „eine Heuchelei und eine Ungerechtigkeit“, was es in der Tat war, da ein großer, wenn nicht der größte Teil der Fraktion sich selbst an der Fraktionsdisziplin verflüchtigt hatte oder doch bereit gewesen war, sich daran zu verflüchtigen. Als mildernder Umstand sei nur noch hervorzuheben, daß die einzelnen Sätze der gegen Liebknecht gerichteten Resolutionen nur gegen beträchtliche Minderheiten (15, 33, 39, 20, 26 Stimmen) angenommen wurden.

Nach dem Falle Liebknecht beschäftigte sich die Fraktion mit dem Falle Ledebour. Die Dienste, die Südekum auf eigene Faust der Regierung im Auslande geleistet hatte, waren nach Ledebours zutreffender Ansicht eine schwere Kompromittierung der Partei, und er hatte sein Amt als Mitglied des Fraktionsvorstandes niedergelegt, weil dieser nicht so dagegen eingeschritten war, wie es nach Ledebours Ansicht notwendig gewesen wäre. Die Fraktion entschied, daß Ledebours Vorwürfe gegen den Fraktionsvorstand unbegründet gewesen seien und sein Vorgehen aufs schärfste verurteilt werden müsse; auch wurde die Veröffentlichung dieser Resolution beschlossen. Dagegen wurde ein öffentlicher Tadel des Regierungsagenten Südekum abgelehnt; mit veröhnlicher Milde wurde nur erklärt, daß Mitglieder der Fraktion nicht ohne deren Genehmigung oder, falls sie nicht versammelt sei, ihres Vorstandes „Ersuchen“ der Regierung nachkommen dürften und daß der Vorstand bei der Genehmigung „zurückhaltend“ sein solle.

Endlich beschäftigte sich die Fraktion in dieser Tagung noch mit der Frage des Friedens „in eingehender Weise“, wie parteioffiziös erklärt wurde, und „in Uebereinstimmung“, aber unter strengster Geheimhaltung der Verhandlungen und etwaigen Beschlüsse. Diesmal hat auch „die ganze Stadt“ nichts davon erfahren, so daß sich die „sträfliche Neugier“ der naiven Wählermasse vollends bescheiden muß. Sie kann es auch in dem beruhigenden Bewußtsein, daß die Gedanken, die die Fraktion im verschwiegenen Busen über den Frieden wälzt, politisch keine größere Bedeutung haben, als der Wind, der durch den Schornstein fährt.

* * *

Nach diesen Vorgängen war es nicht zu verwundern, daß sich eine völlige Zersekung der Fraktion offenbarte, als sie zum vierten Male am 8. März d. J. zusammentrat, am Vorabend der Reichstagsession, in der über das Dreizehn-Milliarden-Budget (zehn Milliarden neuer Kriegskredite und über eine Milliarde sonstiger Militärausgaben umfassend) beschlossen werden sollte. Am Tage vorher hatte schon der Parteausschuß getagt, sich für die Bewilligung der neuen Kriegskredite mit 35 gegen 5, und für die Bewilligung des ganzen Budgets mit 30 gegen 10 Stimmen ausgesprochen.

In der Fraktion machte sich zunächst eine stärkere Opposition gegen die Bewilligung der neuen Kredite geltend. Ein Antrag, nur fünf Milliarden zu bewilligen, um den Einfluß des Reichstags nicht zu lange auszuschalten, wurde mit etwa Zweidrittelmehrheit abgelehnt, die Bewilligung der zehn Milliarden aber nur gegen 23 — oder zwei Abwesende eingerechnet, die nachträglich ihre Auffassung kundgaben — 25 Stimmen genehmigt. Noch schwereres Kopfzerbrechen machte die Frage, ob das Budget als solches zu bewilligen sei. Hier half kein Mundspitzen mehr, es mußte gepfiffen werden. Man mußte das Budget ablehnen oder aber die feierlichsten Parteitagsbeschlüsse von Lübeck, Magdeburg und Nürnberg mitten durch zerreißen, und vor aller Welt den Bruch der Parteidisziplin zur Voraussetzung der Fraktionspolitik machen. Alle Versuche, an der Hand der unglaublichsten Spintistereien sich aus diesem Dilemma zu winden, erwiesen sich sofort als so albern, daß ihre bloße Erwähnung ihnen schon zu große Ehre antun würde.

Logischer waren diejenigen Befürworter der Budgetbewilligung, die frischweg erklärten, der Sündenfall wäre schon am 4. August und 2. Dezember begangen worden, denn die Bewilligung der beiden ersten Kriegskredite, die als Nachtragsetats eingebracht worden waren, seien schon Budgetbewilligungen gewesen. Das ist soweit ganz richtig, aber immerhin bestand noch der kleine Unterschied, daß die sozialdemokratische Fraktion mit der Bewilligung des Jahresbudgets sich für ein ganzes Jahr freiwillig ausschaltete, sich für ebenso lange willenlos den Entschlüssen der Regierung fügte, damit sich jeden Einflusses auf den Gang des Krieges und die Gestaltung des Friedens begab, und zwar in einer Zeit, wo der Partei alle anderen Mittel entrisen sind, ihren Willen kundzutun, während von bürgerlichen, und zwar sehr einflußreichen Parteien die abenteuerlichsten Eroberungspläne offen betrieben werden. Indessen wurde die Bewilligung des ganzen Budgets mit etwa Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Daß bloße Erklärungen nicht die geringste Wirkung haben, hatte man im August und Dezember v. J. zur Genüge erfahren. Im März d. J. kam noch hinzu, daß zwar der erste Etatsredner Haase einigermaßen kräftige Worte fand, der zweite Etatsredner Scheidemann aber wieder Del auf die durch Haase erregten Wellen der bürgerlichen Welt zu gießen verstand. Die Art, wie Ledebour in der Sitzung vom 20. März vom Fraktionsvorstande verleugnet wurde, hieß auch diejenigen ausländischen Parteiblätter, die bis dahin noch immer gehofft und aeharrt hatten, sich melancholisch bescheiden: Höher gehts wohl nimmer.

Bei der Abstimmung im Plenum schloß sich diesmal Genosse Rühle dem Genossen Liebknecht an; beide stimmten mit Nein. 30 Fraktionsmitglieder gaben ihre Ablehnung des Budgets durch ihre Entfernung aus dem Saale kund; es waren nach der dankenswerten Angabe des „Vorwärts“ die Genossen Albrecht, Antrich, Baudert, Bernstein, Bod, Brandes, Büchner, Davidsohn, Dittmann, Emmel, Fuchs, Geper, Haase, Hente, Herzfeld, Hoch, Hofrichter, Horn, Kunert, Ledebour, Leutert, Peirates, Raute, Schmidt (Meißen), Schwarz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Bogtherr, Zubeil. Ihnen schloß sich noch der Genosse Cohn an, der in der Sitzung selbst abwesend gewesen war. Das „Grüppchen“ oder die „winzige Minderheit“, die einer „erdrückenden Mehrheit“ gegenüberstehen soll, beläuft sich im Reichstage also auf nahezu ein Drittel, wie im preussischen Landtag auf die volle Hälfte der Fraktion.

Mit dieser Scheidung in eine Mehrheit und Minderheit, ist die Zersekung der Reichstagsfraktion aber noch lange nicht erschöpft. In der Mehrheit gärt es weiter; neben den nationalliberalen Elementen, die entschlossen sind, mit der Regierung durch dick und dünn zu gehen gibt es darin kundige Thebaner, die schon gewarnt haben, den Bogen nicht zu überspannen, da die Unzufriedenheit der Wähler mit der Fraktionsstaktik wachse, und die vernünftigen Erwägungen nicht unzugänglich sein werden, wenn die naive Masse sich erst ansieht, aktiv zu werden. Auf der anderen Seite bildet aber auch die Minderheit keine geschlossene Reihe. Sie ist nicht durchweg gegen die Bewilligung neuer Kriegskredite, sondern etwa 8 bis 9 Mitglieder konnten sich nur nicht zu der Bewilligung des Budgets verstehen, und damit sind noch nicht alle Schattierungen erschöpft, wie schon die konsequente Opposition Liebknechts und Rühles zeigt.

Die innere Auflösung der Reichstagsfraktion ist gewiß eine sehr unerfreuliche, aber keineswegs eine unerklärliche Erscheinung. Was eine proletarische Organisation kampffähig macht, ist ihr Prinzip; löst sie dies Band, so fällt sie um so haltloser auseinander. Einstweilen hat es nur die Fraktion gelöst, aber noch nicht die Partei. Ihre Massen sollten beizeiten überlegen, ob die Dinge so weiter gehen sollen, wie sie seit acht Monaten gegangen sind. Schon haben einige parlamentarische Schreckenstinder den Plan verraten, sofort nach Schluß des Friedens einen Parteitag einzuberufen und das „Grüppchen“ hinauswerfen zu lassen. Das „Grüppchen“ braucht diesen sauberen Staatsstreich nicht zu fürchten, aber die Partei hat allen Anlaß dazu, denn wenn er gelänge, würde sie ebenso zerseht werden, wie jetzt die Reichstagsfraktion zerseht ist.

Die Rückkehr zu ihren alten Prinzipien ist der einzige Weg, der die Einheit und die Zukunft der Partei zu sichern vermag.

Die Geheimlehre und der Mythos.

Von A. Thalheimer.

- Zwischen Krieg und Frieden. Herausgegeben von Georg Trmer, Karl Lamprecht, Franz v. Liszt.
- Heft 1: G. Trmer, Los vom englischen Weltjoch.
 Heft 2: F. v. Liszt, Ein mitteleuropäischer Staatenverband.
 Heft 3: A. Dix, Der Weltwirtschaftskrieg.
 Heft 4: H. Grothe, Deutschland, die Türkei und der Islam.
 Heft 5: Fehr. v. Zedlig und Neukirch, Die Reichs- und Staatsfinanzen.
 Heft 6: D. Hoekjch, Rußland als Gegner Deutschlands.
 Heft 7: K. Lamprecht, Krieg und Kultur.
 Heft 8: J. Nießer, England und wir.
 Heft 9: M. v. Brandt, China und Japan.
 Heft 10: E. Dryander, Weihnachtsgedanken in der Kriegszeit.
 Heft 11: C. Peters, Das deutsche Elend in London.
 Heft 12: M. Apt, Der Krieg und die Weltmachstellung des Deutschen Reiches.
 Heft 13: S. J. Lojch, Der mitteleuropäische Wirtschaftsbund und das Schicksal Belgiens.
 Heft 14: E. v. Philippovich, Ein Wirtschafts- und Zollverband zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.
 Heft 15: P. D. Fischer, Zwischen Krieg und Frieden.

Vor einer Reihe von Jahren wollte ein preußischer Justizminister das bekannte auf die Tendenzjustiz gemünzte Wort: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“, in ahnungslosestem Ernst als vor-

wichtigen Rechtsatz betrachtet wissen. An diesen famosen Ausspruch wird man lebhaft erinnert, wenn man die Zensurpraxis ins Auge faßt, wie sie heute von deutschen Militärbehörden geübt wird. So soll die Frage der Annexionen in der Tagespresse nicht behandelt werden. Zwar glauben wir zu bemerken, daß die imperialistische Tagespresse sich auf diesem Gebiete viel größerer Bewegungsfreiheit erfreut als diejenige, die die Notwendigkeit von Eroberungen noch nicht hat einsehen können. Immerhin, das mag ein Beobachtungsfehler unsererseits sein und er mag auf sich beruhen bleiben.

Dagegen liegt in Gestalt einer massenhaften Broschüren- und Zeitschriftenliteratur der handgreifliche Beweis vor, daß „wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist“. In dieser Literatur werden die politischen und wirtschaftlichen Ziele des Krieges einschließlich der Annexionsfragen nicht mehr in unbestimmten Wendungen, sondern mit voller Klarheit und in den bestimmtesten Einzelheiten besprochen und formuliert. Die Rücksicht auf das feindliche oder neutrale Ausland kann für diese merkwürdige Praxis nicht wohl maßgebend sein: das Ausland kann sich die Broschüren- und Zeitschriftenliteratur ebenso gut, ja noch leichter verschaffen als die Tageszeitungen. Sollten also Rücksichten auf die inländische Bevölkerung dafür bestimmend sein? Bedenkt man, daß Broschüren und Zeitschriften die Literatur eines sehr engen Kreises, dagegen Tageszeitungen die Literatur der großen Masse sind, so könnte man auf den wunderlichen Gedanken geraten, das Geheimnis der ange deuteten Scheidung sei darin begründet, daß es gewisse Wahrheiten über Charakter und Ziele des Krieges gibt, die unbedenklich sind für den kleinen Kreis der Eingeweihten, die aber von der breiten Masse der Ueingeweihten ferngehalten werden sollen. Man könnte an gewisse Philosophen des klassischen Altertums denken, die ihre eigentliche Lehre als streng gewahrte Geheimlehre dem Kreis der auserwählten Schüler vorbehielten, indessen das übrige profane Volk mit dunkler Mythologie und naiven Legenden abgesspeist wurde.

Man wird uns antworten, die deutschen Staatsmänner und die deutschen Militärs seien keine klassischen Philosophen, und wir können uns der Berechtigung dieses Einwandes nicht entziehen. Es sind praktische Männer, die sich gewiß nicht durch antike Erinnerungen, sondern durch praktische Erwägungen leiten lassen, denen auf dem Wege des historischen Vergleichs nicht beizukommen ist.

Halten wir uns daher an die Tatsachen. Die vorliegende Reihe von Schriften ist, wie schon ihr Titel und noch deutlicher die Einleitung der Herausgeber anzeigen, geradezu den Fragen der Kriegsziele gewidmet. Sie soll nach dem Geleitwort der Herausgeber „Aufklärung über die großen politischen und volkswirtschaftlichen Fragen“ schaffen, „die beim kommenden Frieden für die Lebensinteressen des Reiches von Wichtigkeit sind“. Diese „Aufklärung“, die zunächst für ein bürgerliches Publikum bestimmt scheint, wird den deutschen Arbeitern um so willkommener sein, als sie sonderbar kontrastiert mit den unbestimmten, kindlichen Redensarten, die sie in der bürgerlichen Presse — und leider nicht nur in ihr — zu hören bekommen. Zwar fehlt in der Liszt-Lamprechtischen Serie diese Mythologie für das große Publikum auch nicht ganz, aber sie tritt sehr in den Hintergrund und ihre

Bekünder widersprechen sich darin so offenkundig, daß der Stempel der Legende nicht zu verkennen ist.

Dagegen herrscht bei den Verfassern die schönste Uebereinstimmung in dem, was ihre eigentliche „Aufklärung“ ausmacht, und solche Einhelligkeit galt noch immer für das Kennzeichen der Wahrheit. Die Namen der Verfasser, durchweg anerkannte bürgerliche Historiker und Politiker, bürgen dafür, daß diese Aufklärung nicht in unmaßgeblichen Schrullen unmaßgeblicher Größen besteht, sondern daß sie in der Tat das Herzensgeheimnis der bürgerlichen Klassen verkündet.

In der umfassendsten Weise wird es in der Schrift von Arthur Dix, der dritten der Serie, ausgesprochen. Der jehige Krieg, sagt Dix in klaren Worten, steht „unter dem Zeichen des imperialistischen Gedankens“. „Imperialismus“, fährt er fort, „ist Weltmachtwille, das Streben der Weltmächte, gemäß den Bedürfnissen ihres Volkstums, ihrer Volkswirtschaft nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte den Anteil an der Weltmacht und am Weltmarkt auszubauen und zu festigen.“ Den überfliegenden Phrasen vom idealistischen Charakter des Krieges stellt Dix die nüchterne Formulierung gegenüber: „Wurden in alten Zeiten Massenkriege geführt um den Futterplatz im engsten Sinne, so dienen sie heute dem Kampfe um den Weltmarktanteil im weitesten Sinne.“ Um diese Formulierung historisch völlig unanfechtbar zu machen, ist nur der kleine Zusatz nötig, daß Triebkraft und Interessent dieses Kampfes um den Weltmarkt nicht die Nationen als Ganze, sondern die Inhaber des nationalen Kapitals sind. Ebenso umfassend und unverblümt wie Dix spricht Trmer den allgemeinen Charakter des Krieges aus in den Worten: „Man spreche doch nicht immer davon als von etwas Selbstverständlichem, daß das deutsche Volk im Wettbewerb um Weltwirtschaft und Weltmacht zu spät gekommen, daß die Welt verteilt sei. Ist denn die Erde nicht in allen Epochen der Geschichte immer von neuem verteilt worden? Und bei der neuen Verteilung unserer Erde darf unser Volk nicht wieder, wie ehedem leer ausgehen. Auf der einmal begonnenen Fahrt im weiten Meer der Weltpolitik gibt es für uns heute kein Zurück mehr, ohne national und sittlich zu verkümmern, ohne uns selbst aufzugeben.“ Dem „Greater Britain“ (dem britischen Weltreich) soll sich ein „größeres Deutschland“ an die Seite stellen.

Die Neuverteilung der Erde zugunsten des deutschen Kapitals, dies ist das allgemeine Programm. Seine Ausführung im einzelnen ist der eigentliche Gegenstand der Broschürenreihe. Die Verfasser ziehen mit großer Kühnheit und Zuversicht die Linien auf der Erdoberfläche, die die künftigen deutschen Portionen bezeichnen sollen. Ein sicherer kapitalistischer Instinkt leitet sie, wenn sie als Bestandteile des „größeren Deutschland“ nicht nur Kolonialgebiete markieren, die annoch in festen Händen sind, sondern auch große Gebiete des europäischen Festlandes, die teils dem Deutschen Reich einverleibt, teils mit ihm zu einem „mitteleuropäischen Staatenbund“ politisch, wirtschaftlich und militärisch zusammengefaßt werden sollen. Der wirtschaftliche Untergrund dieses zwiefachen Programms ist nirgends deutlich ausgesprochen, doch ergibt er sich ganz klar aus den wirtschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Expansion. Auf der einen

Seite bedarf das Kapital nichtkapitalistischer Absatzgebiete zu seinem Wachstum: das sind die Kolonien, Interessensphären usw. Andererseits muß es seinen heimischen industriellen Zentralherd ausweiten, um auf den freien Gebieten des Weltmarktes seinen Konkurrenten mit der technischen und wirtschaftlichen Ueberlegenheit gegenüberzutreten zu können, die nur eine große, einheitliche kapitalistische Basis verleiht. Ferner aber erfordert die Verteidigung und Ausweitung eines großen imperialistischen Reiches die Ausweitung seiner militärischen Machtgrundlage.

Militärisch fordert die Durchführung des imperialistischen Programms die Vernichtung der englischen Seeherrschaft. Diese Forderung steht denn auch an der Spitze der Serie mit Trmers Schrift „Los vom englischen Weltjoch“ und sie zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Reihe.

Stellen wir zunächst die kolonialen Forderungen zusammen. Herr Trmer zunächst legt — so nebenbei die Hand auf Marokko: „Eine französische Dependence (Anhängsel)“ dekretiert er, „darf das Land nicht werden.“ Herr Dix faßt das nördliche und mittlere Afrika ins Auge, jenes zur Lieferung von Baumwolle und Erzen, dieses wegen seines Reichtums an Kautschuk. Das Gebiet Afrikas lockt auch Herrn von Zedlig. Für Ostasien ist das Programm des Herrn von Brandt die restitutio in integrum, d. h. Zurückgabe von Kiautschou samt Schadenersatz für die Verluste der Kaufleute und Kreeber, und der Schutz Chinas gegen Aufteilung. Die „offene Tür“ also; sie ist nach allen geschäftlichen Erfahrungen das vorbereitende Stadium zum Verzehren des Bissens. Mit China soll ein Defensivvertrag geschlossen werden.

Das europäische Programm unserer Imperialisten umfaßt zweierlei. Einmal die Einverleibung fremder Gebietsteile im Westen und Osten des Reiches. Dafür plädiert im allgemeinen Herr v. Liszt „unter dem Gesichtspunkt des Grenzschräges“. Sehr viel deutlicher wird Herr Dix. Er verlangt, daß „die deutsche Küste heranzurücken ist an den Kanal, an den Ausgang zum offenen Atlantischen Ozean. Deshalb darf Belgien „nicht aus der Hand gelassen werden“ und „die Küste von Ostende bis zur Mündung der Somme“, also ein gutes Teil der französischen Nordküste, „darf nicht in die Hände eines politischen Vasallen Englands fallen“, ist also von Frankreich abzutrennen. Im Westen verlangt Herr Dix noch Französisch-Lothringen, mit seinen großen Bodenschätzen, im Osten will er der politischen und wirtschaftlichen Zerstückelung des Mittel- und Unterlaufs der Weichsel ein Ende gemacht wissen. Herr Losch, der Nationalökonom, betont: „Der Krieg zwischen den drei Westmächten Europas wird nicht nur in Belgien, er wird um Belgien geführt.“

Die Gründung eines „mitteleuropäischen Staatenbundes“ ist sachgemäß einem liberalen Lehrer des Völkerrechts, dem Professor v. Liszt anvertraut. Als Jurist kann er die juristischen Konstruktionen dazu entwerfen und als liberaler Mann den Bau mit „volkstümlichen“ Nebensarten verpußen. Wir haben oben den wahren Sinn dieses Staatenbundes gekennzeichnet und können uns daher eine Kritik der

Redensarten vom „Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Staatengemeinschaft“, vom defensiven und friedlichen Zweck dieses Gebildes usw. gut und gern schenken. Der Plan spricht selbst seinen Zweck aus. Den „festen Kern“ des Gebildes soll Deutschland mit Oesterreich-Ungarn zusammen bilden. Dieses Bündnis soll noch enger gemacht werden durch „verfassungsrechtliche Verankerung“, Militärkonventionen und handelspolitische Einigung. An diesen Kern sollen sich anschließen die Niederlande, die drei skandinavischen Staaten, die Schweiz, Italien, die Balkanhalbinsel mit der europäischen Türkei. Frankreich und Spanien sind auch willkommen. In Summa: Acht Millionen Quadratkilometer Gebiet und 200 Millionen Menschen. Die Mitglieder des Bundes sollen „volle Selbständigkeit“ besitzen, das Bestland jedes einzelnen soll gemeinsam garantiert werden; gemeinsame Abwehr jeden Angriffs, Militärkonventionen, grundsätzliche Einheitlichkeit des wirtschaftlichen Lebens, Vereinheitlichung von Maß, Gewicht und Währung soll die Glieder weiter verbinden. Deutschland soll in diesem Staatenverband nicht „Träger der Hegemonie, sondern primus inter pares“ (der erste unter gleichen) sein. Den Kommentar dazu liefert Herr Lamprecht, indem er sagt: „Wir dürfen hoffen, daß da eine Gliederung eintritt, welche dem Deutschen Reich als Ganzem mindestens eine Stellung so gibt, wie sie Preußen bisher im Reiche gehabt hat . . .“ Wenn Herr v. Liszt die Bevölkerungszahl seines Staatenbundes zusammenaddiert und ihr als gleichartige Zahlen die Englands mit seinen Kolonien gegenüberstellt, so liegt ein tiefer Sinn im kindlichen Spiel: es wird auf diese Weise die Tatsache verschleiert, daß ein solcher Staatenbau ein militärisch dem Britischen Reiche mit seinen über die ganz Welt zerstreuten Teilen nicht gleichwertiges, sondern absolut überlegenes Gebilde, ein Instrument der Welt Herrschaft wäre.

Die krampfhaften Versuche, dieses imperialistische Programm zu harmonisieren mit dem völlig gegensätzlichen offiziellen Charakter des Krieges als eines Verteidigungskrieges und mit der offiziellen Losung, keine Eroberungen zu machen, führen naturgemäß zu den komischsten Kopfsprüngen. Die entsprechenden Partien der Broschürenserie sind voll des besten, weil unfreiwilligen, Humors. Einige Proben: Herr v. Liszt sagt, unser Krieg ist ein „Verteidigungskrieg, kein Eroberungskrieg“. Wenige Seiten später ist er überzeugt von der Notwendigkeit von Landerwerb im Osten, im Westen, und über See. Die Verbindung: „Das letzte Ziel des Krieges ist nicht der siegreiche Kampf, sondern der gewinnreiche Frieden“. Herr Dix bewerkstelligt die Evangelienharmonie, indem er sagt: „Auch wem eine aggressive Politik noch so fern gelegen, muß trachten, zur Offensive zu greifen, sobald an der Absicht des Ueberfalles nicht mehr zu zweifeln ist.“ Das gelte wie militärisch, so auch politisch und wirtschaftspolitisch. Jetzt hätten die wirtschaftlichen Ziele Deutschlands sich zu richten nach den ursprünglichen Zielen unserer Gegner. Diese „ursprünglichen Ziele unserer Gegner“ sind nun so wundervoll eingerichtet, daß als Parallele zu diesen Zielen sich genau das ergibt — was das Programm des Imperialismus ist. Man ist versucht, an die Leibnizsche prästabilierte Harmonie (vorherbestimmte Uebereinstimmung zwischen Leib und Seele) zu glauben. Frankreich und Rußland, sagt Herr Dix, wollten Deutschlands Grenzen in Ost und West näher zusammenrücken. Daraus

folgt: wir müssen sie weiter hinausrücken. England wollte, wiederum nach Herrn Dix, den deutschen Weltwirtschaftsanteil an sich reißen und die deutsche Volkswirtschaft „erdrosseln“ (daher wohl das Bagdadbahnabkommen). Daraus folgt: die „deutsche Antwort“ muß sein, „das Streben nach Vernichtung des englischen Weltwirtschaftsanteils und nach tödlichen Schlägen gegen die englische Volkswirtschaft“. Wundervoll!

Auf wieder einem anderen Wege kommt Herr v. Zedlig zu demselben Ziel. „Landerwerb“, sagt er, „als Ersatz für erlassene Kriegskosten ist mit der Tatsache sehr wohl vereinbar, daß wir keinen Eroberungskrieg führen.“

Man sieht: alle Wege führen nach Rom.

Herr Hoehsch schließlich in seiner Schrift über Rußland widerlegt mit deutscher Gründlichkeit den Mythos vom Krieg gegen den Zarismus, vom Befreiungskrieg. Er beweist eingehend, daß die guten Beziehungen zwischen den Romanows und den Hohenzollern nicht, „wie man jetzt häufiger gesagt hat, eine Legende, sondern eine unbestreitbare historische Wahrheit“ sind. Zu der Behauptung, „Deutschland fechte gegen den Zarismus“ macht er die heiläufige Anmerkung, „daß uns doch die Verfassungsform eines anderen Staates nichts angeht, jedenfalls nicht der Siegespreis eines Existenzkampfes sein kann“. Die wahre Triebkraft des Konflikts ist nach ihm die orientalische Frage, von der er sagt, daß für sie — im Gegensatz zu einem bekannten Wort Bismarcks — „die Knochen recht vieler pommerscher Grenadiere . . . geopfert werden müßten“.

Herrn Lamprechts, des Historikers Schrift, ist reiner Mythos. Er beschwört für diesen Krieg die Geister unserer klassischen Literatur und Philosophie. Darüber mag er sich mit Herrn Dix und seinem „Kampf um den Weltmachtsanteil“ auseinandersetzen. Ernsthaft reden läßt sich über solche Dinge nicht. In seinem Teil schließt Herr Lamprecht den Kreis, der aus dem offiziellen Mythos die wahre Geschichte hervorgehen läßt, indem er die unansehnliche Geschichte wieder in den schöneren Mythos verwandelt, nur daß es kein naiver Mythos ist, mit dem die Zeit der „Reizbarkeit“ abschließt, wie Herr Lamprecht den jüngsten Zeitabschnitt taufte.

Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik.

Von Fr. Mehring.

Die Instanzenpolitik — so sei der Kürze wegen die Politik genannt, die die Mehrheit einiger Parteinstanzen (Partei Vorstand, Parteiauschuß, Reichstagsfraktion) seit Beginn des Weltkrieges getrieben hat, in der gewiß gutgläubigen, aber einstweilen noch unbewiesenen Annahme, daß die Mehrheit der Partei hinter ihnen stehe — diese Instanzenpolitik zeichnet sich durch eine außerordentliche Einfachheit aus. Sie sagt dem Sinne nach: Krieg ist Krieg; im Kriege handelt es sich um die nationale Existenz; der nationalen Existenz muß die Arbeiterklasse jede selbständige Politik opfern und ohne eigenen Willen, unter Verzicht auf ihre Klasseninteressen, im Schlepptau der herrschenden Klassen segeln.

Es gibt jedoch einen Punkt, wo die Vertreter der Instanzenpolitik nicht einig sind. Die einen, wie Haenisch, Cunow und Grunwald, beanspruchen für sich, das Erbe wirklich marxistischen Denkens anzutreten, gegenüber dem ganz und gar verkümmerten und blutlos gewordenen Formelmarxismus von uns armen Schlußdern. Dagegen fordern andere Vertreter der Instanzenpolitik, wie Scheidemann, mit allem Nachdruck, auf die Gelehrsamkeit zu pfeifen, womit den Lassalle, Marx und Engels der Scheidebrief geschrieben ist.

Denn diese so gar nicht staatsmännisch veranlagten Köpfe waren allerdings des Glaubens, daß sich ohne Gelehrsamkeit keine Politik treiben lasse. Lassalle sagte, nur auf dem Felsengrunde wissenschaftlicher Erkenntnis sei eine politische Ueberzeugung möglich. Die bloße „Gesinnung“ genüge nicht, sie sei ihrer Natur nach ein Produkt der Umstände, des Temperaments, der Stimmung, und vorübergehend wie diese. Marx aber schrieb im Jahre 1850, als die „Praktiker“ des Kommunistenbundes über seine unpraktische Gelehrsamkeit spotteten: „Ich bin meist von 9 Uhr morgens bis abends 7 Uhr auf dem Britischen Museum. Die demokratischen Simpletons haben natürlich derartige Anstrengungen nicht nötig. Wofür sollten sie sich mit historischem und ökonomischem Material plagen, diese Sonntagskinder! Es ist ja alles so einfach, pflegte der wackere Willich mir zu sagen. Alles so einfach! In diesen wüsten Köpfen. Höchst einfache Kerle.“ Danach ist klar, daß, wer auf die Gelehrsamkeit pfeift, die Marx und Genossen abdantt.

Aber auf dem richtigen Wege ist Genosse Scheidemann durchaus. Die Instanzenpolitik hat wirklich nichts mit unsern Altmeistern zu tun. Deshalb ist sie noch keineswegs abge an, denn ein unfehlbarer Papst war Marx so wenig wie Engels oder Lassalle. Aber sie hat kein Recht, ihre natürliche Grundfarbe durch ein Löwenfell zu verdecken.

Indem wir dies Recht bestreiten, hoffen wir, uns keiner „Quertreiberei“ schuldig zu machen. Wir bekräftigen dadurch ja nur den

kühnen Pfiff des Genossen Scheidemann, und der anderen Fakultät der Instanzenpolitiker liefern wir gleich ein Viertel Dutzend „vaterlandsloser Gesellen“ unter das Fallbeil ihrer vaterländischen Entrüstung.

* * *

Unsere Altmeister waren historische Köpfe und standen deshalb nicht auf dem unhistorischen Standpunkte: Krieg ist Krieg, und jeder Krieg ist nach derselben Schablone zu messen.

Für sie hatte jeder Krieg seine bestimmten Voraussetzungen und Folgerungen, von denen es abhing, wie sich die Arbeiterklasse zu ihm zu stellen habe. Ueber diese tatsächlichen Bedingungen eines Krieges sind sie wohl in mehr oder minder starke Meinungsverschiedenheiten geraten, aber immer nur unter dem entscheidenden Gesichtspunkt, wie der jeweilige Krieg am gründlichsten für den proletarischen Emanzipationskampf auszunutzen sei. Für ihre Klassenpolitik gab es keinen Unterschied zwischen Krieg und Frieden, es sei denn, daß sie im Kriege von der Arbeiterklasse eine noch schärfere Aufmerksamkeit auf ihre Interessen und ein noch rücksichtsloseres Eintreten für diese Interessen beanspruchten.

Im Jahre 1859 geriet Lassalle mit Marx und Engels in einen lebhaften Streit über den damaligen Krieg, den Frankreich unter russischer Beihilfe gegen Oesterreich führte, das als Vormacht des Deutschen Bundes auch die deutschen Staaten in den Krieg zu ziehen bemüht war. In der Tat machte sich namentlich in Süddeutschland eine starke Bewegung gegen Frankreich geltend, die Engels und Marx für wirklich national, naturwüchsig, instinktiv, unmittelbar hielten, also für eine Keimstätte revolutionärer Entschlüsse, die nach ihrem Wunsche durch einen Krieg gegen das bonapartistische Frankreich ausgelöst werden müßten. Lassalle dagegen meinte, die Bewegung gegen Frankreich laufe auf den bornierten Franzosenhaß von Anno dazumal hinaus und sei innerlich reaktionär; wolle die deutsche Regierung mit Frankreich anbinden, so solle man sie gewähren lassen, aber man solle den Krieg als einen reaktionären Kabinetts-Krieg den Massen vereteln, um dann aus seinen unvermeidlichen Wechselfällen revolutionäres Kapital zu schlagen.

Die eine Meinungsverschiedenheit — es gab auch noch andere — wird hier hervorgehoben, weil sie sowohl zeigt, wie leicht verschiedene Ansichten über die tatsächlichen Voraussetzungen eines Krieges entstehen, als auch zu wie verschiedenen Schlußfolgerungen sie führen können. Aber, wie Marx selbst feststellte, es handelte sich nur um „gegenfällige Urteile über tatsächliche Voraussetzungen“; in dem Ziele war Lassalle mit Engels und Marx einig, daß es ihnen einzig und allein auf die revolutionären Interessen ankam, die für sie zugleich die nationalen Interessen waren. Engels schrieb an Lassalle: „Es lebe der Krieg, wenn Franzosen und Russen zugleich uns angreifen; wenn wir dem Ertrinken nahe sind, dann in dieser verzweifelten Situation müssen sich alle Parteien von der jetzt herrschenden bis zu Ziß und Blum abnutzen und die Nation, um sich zu retten, sich endlich an die energischste

Partei wenden " Dazu bemerkte Lassalle: „Sehr richtig; und seit zwei Monaten löte ich mich hier, auszuführen, daß, wenn unsere Regierung den Krieg macht, sie uns nur in die Hände arbeitet und die Revolution, gerade aus diesen Gründen, unendlich beschleunigt.“ Wer, so fügte er von seinem Standpunkt aus hinzu, man müsse den von preußischen Prinzregenten geplanten Krieg bei den Massen unpopulär machen, damit er „ein immenses Glück für die Revolution“ werde.

Der Prinzregent hat 1859 schließlich doch nicht den Krieg an Frankreich zu erklären gewagt, und so ist die Probe aufs Exempel nicht gemacht worden. Auf diplomatischem Gebiete erntete er freilich keine Vorbeeren, was Lassalle denn wirklich nicht sehr betrübt hat. „Ich glaube, so guter Nationaler zu sein, wie nur irgend einer,“ schrieb er an Marx, „aber Teufel, was geht dich und mich denn die Machtstellung des Prinzen von Preußen an? Da alle seine Tendenzen und Interessen gegen die Tendenzen und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, so liegt es gerade vielmehr im Interesse des deutschen Volkes, wenn die Macht des Prinzen von Preußen nach außen so gering wie möglich ist. . . . Die Macht des deutschen Volkes wird schon kommen, und es ist vielleicht keiner, der es ernster und weitfassender mit ihr meint, als ich! Aber sie wird und kann erst kommen, wenn wir eine volksmäßige Regierung haben, nicht unter unsern — Dynastien. Die Machtstellung des deutschen Volkes und die Machtstellung der deutschen Dynastien, das sind für mich zwei himmelweit verschiedene Dinge.“

Das war auch nicht etwa nur in der Hitze des Gefechts gesprochen, sondern geradezu ein, um nicht zu sagen der Grundgedanke von Lassalles nationaler Politik. In der sorgsam ausgearbeiteten Rede: Was nun?, worin er die Fortschrittler zum energischen Kampfe gegen das Ministerium Bismarck aufforderte, wies er sie darauf hin, Bismarcks auswärtige Politik zu lähmen. „Daß keiner von Ihnen glaube, dies sei ein unpatriotisches Resonnement.“ Der Politiker habe, wie die Naturforscher, alle wirkenden Kräfte in Erwägung zu ziehen; es wäre fast nicht abzusehen, auf welcher Stufe der Barbarei die Welt noch stehen würde, wenn nicht seit je die Eifersucht und der Gegensatz der Regierungen untereinander ein wirksames Mittel gewesen wäre, die Regierung zu Fortschritten im Innern zu zwingen. Die deutsche Nation schwebe nicht so in der Luft, daß eine Niederlage ihrer Regierungen eine wirkliche Gefahr für ihre eigene Existenz in sich schlosse. „Geraten wir also in einen großen äußeren Krieg, so können in demselben wohl unsere einzelnen Regierungen, die sächsische, preußische, bayrische, zusammenbrechen, aber wie ein Phönix würde sich aus der Asche derselben unzerstörbar erheben das, worauf es uns alle in antommen kann — das deutsche Volk!“

Die Spießbürger, denen Lassalle diesen Zusammenhang auseinandersetzte, schrien Bravo, aber ließen sich ein paar Jahre darauf doch durch Bismarck vom Volk zu den Regierungen bekehren, und hatten deshalb endlosen Spott von der Parteipresse zu erdulden. Heute jedoch sind die Braven gerächt, und die Instanzenpolitik wirft einen verklärenden Schein auf ihre verwaisten Stammtische. Sie singt das nationalliberale Truglied von 1867: Wer im rechten Augenblick nicht

umzulernen wisse, verrate dadurch, sei es nun, wie Haenisch sagt, einen Mangel an Intelligenz, oder wie Scheidemann sagt, einen Ueberfluß an Gelehrsamkeit.

* * *

Wie im Kriegsjahre 1859, so drehten sich in den Kriegsjahren 1866 und 1870 die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie immer nur um „tatsächliche Voraussetzungen“, niemals aber um den ein für allemal feststehenden Grundsatz, daß die Arbeiterklasse in jedem Kriege eine selbständige Politik zu treiben habe.

Nachdem es der deutschen Revolution im Jahre 1848 mißlungen war, ein einiges Deutschland zu schaffen, bemühte sich die preußische Regierung, die deutsche Einheitsbewegung, die durch die ökonomische Entwicklung immer wieder erweckt wurde, für dynastische Zwecke auszubeuten, und statt eines einigen Deutschlands ein, wie der damalige König Wilhelm sagte, verlängertes Preußen zu schaffen. Lassalle und Schweizer, Marx und Engels, Liebknecht und Bebel waren völlig einig darin, daß die deutsche Einheit, deren das deutsche Proletariat bedurfte, nur durch eine nationale Revolution geschaffen werden könne, und sie haben demgemäß alle dynastisch-partikularistischen Bestrebungen der großpreußischen Politik aufs schärfste bekämpft. Aber sie haben auch, früher oder später, je nach dem Maße ihrer Einsicht in die „tatsächlichen Voraussetzungen“, in diesen sauren Apfel gebissen, als sich herausstellte, daß eine nationale Revolution durch die Feigheit der Bourgeoisie und die Schwäche des Proletariats ausgeschlossen war, und das mit „Blut und Eisen“ geschaffene Großpreußen dem Klassenkampf des Proletariats günstigere Aussichten bot, als die — ohnehin natürlich unmögliche — Wiederherstellung des Deutschen Bundestages mit seiner kläglichen Winkelwirtschaft ihm je hätte bieten können. Nach Königtrügeln nahmen Marx, Engels und Schweizer — Lassalle war damals schon tot — nach Sedan auch Liebknecht und Bebel, das preußisch-deutsche Reich in all seiner verkümmerten und verkrüppelten Gestalt als eine keineswegs begeisternde, aber als eine Tatsache hin, die dem proletarischen Emanzipationskampf festere Handhaben bot als die schauerliche Wirtschaft des Bundestages.

Die letzten Spuren des Zwiespalts zeigten sich, als im Juli 1870 über die ersten Kriegskredite abgestimmt wurde, und zwar die übrigen sozialdemokratischen Abgeordneten dafür stimmten, Liebknecht und Bebel aber sich der Abstimmung enthielten. Bei der Abstimmung über die zweiten Kriegskredite im Dezember desselben Jahres war bereits alles in Ordnung und sämtliche parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, die Eisenacher Liebknecht und Bebel, die Lassalleaner Schweizer und Hasenclever, der Hayfeldtianer Menke und der Gewerkschaftler Fritzsche stimmten mit Nein. Alle damaligen Fraktionen der Sozialdemokratie schwenkten gegen den Militarismus des Klassenstaats in die geschlossene Front, in der die gesamte Partei bis zum 4. August vorigen Jahres geblieben ist.

Mit derselben Entschiedenheit, womit Marx und Engels 1870 den deutschen Krieg bis Sedan billigten, weil der Sturz Bonapartes das